

Wir haben allein in Berlin im Ablauf von zwei Jahren eine Mitgliederzahl von 650 000 erreicht. Das sind etwa doppelt soviel Mitglieder in Berlin, als in den besten Jahren nach 1918 vorhanden waren, bei Berücksichtigung der Tatsache, daß wir in Berlin eine Million Einwohner weniger haben. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund steht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, insbesondere in Berlin.

Es ist die amerikanisch lizenzierte Presse, die keinen Augenblick vorübergehen läßt, um die Spaltung der deutschen Gewerkschaften, insbesondere des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin in Szene zu setzen und zu provozieren. Wir haben uns bemüht, im Reichsmaßstab zu gemeinsamer Arbeit zu kommen. Wir haben Beschlüsse von weittragender Bedeutung für die gesamtdeutschen Interessen gefaßt. Wir haben uns auch in Garmisch-Partenkirchen nach einem Referat von Ernst Lemmer über den künftigen deutschen Frieden unterhalten. Man hat zuvor in Presseäußerungen und Versammlungen erklärt, daß die Gewerkschaften nicht dazu berufen sein dürften, an der Gestaltung des kommenden Friedens mitzuwirken. Sie hätten eigentlich nicht das Recht, vor der Außenministerkonferenz zu erscheinen, um dort ihre Forderungen zu vertreten.

Welcher Rückschritt in der Auffassung selbst gegenüber den Jahren bis 1933! Es gab damals kaum einen Reichskanzlerkandidaten in Deutschland, der es versäumt hätte, den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes oder zum mindesten seinen Vorsitzenden Theodor Leipart zu fragen, um mit ihm darüber zu sprechen, welche Forderungen für eine künftige Regierung von den Gewerkschaften auf sozialpolitischem oder wirtschaftspolitischem Gebiet angemeldet werden. Heute sind es Sozialdemokraten, die es verhindern, daß deutsche Gewerkschaftsvertreter zu den Verhandlungen für einen kommenden Friedensvertrag zugelassen werden. (Hört! Hört!)

Ich darf auch hier sagen, die vielen Verhandlungen, die damals mit der französischen Regierung geführt worden sind, um das Rheinland vorzeitig räumen zu lassen, haben in Anwesenheit von Peter Graßmann, dem 2. Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, stattgefunden. Auch da war die Anerkennung der deutschen Gewerkschaften für die Regelung des Friedens eine Selbstverständlichkeit. Wir beanspruchen jetzt um so mehr hinzugezogen zu werden, weil die Last, die aus zwei Weltkriegen der deutschen Arbeiterklasse für die Zukunft erwachsen ist, nur durch die Arbeitskraft der deutschen Arbeiter bewältigt werden kann. Deshalb glauben wir, nicht nur das sittliche, sondern auch das moralische Recht zu haben.